

Liebe Genoss*innen der Landesgruppe Berlin,

die zunehmende Radikalisierung der Alternative für Deutschland (AfD) und ihre offene Feindschaft gegenüber den Grundwerten unseres Grundgesetzes stellen uns als Sozialdemokrat*innen vor eine zentrale Aufgabe: Wir müssen alles in unserer Macht Stehende tun, um die Demokratie zu schützen und unsere Gesellschaft vor Spaltung, Hass und Gewalt zu bewahren und der Normalisierung extrem rechter Diskurse entgegenzuwirken.

Als Mitglieder des Fachausschusses gegen Rechtsextremismus der SPD Berlin wenden wir uns mit diesem dringenden Appell an euch. Wir bitten euch, ein Prüfverfahren zur Feststellung der Verfassungswidrigkeit der AfD jetzt zu unterstützen. Es geht nicht darum, dass das Parlament oder die Regierung eine Partei verbieten und somit einen Gegner aus dem Weg räumen – es geht darum, das höchste Gericht um eine unabhängige Prüfung zu bitten. Auch wenn die Möglichkeit des Scheiterns besteht und dieser Prozess lange dauert – es nicht zu versuchen erscheint uns töricht und gefährlich gleichermaßen.

Die Grundlage dafür ist gegeben: Die AfD hat sich in den vergangenen Jahren von einer rechtspopulistischen Oppositionspartei zu einer rechtsextremen und systemfeindlichen Kraft entwickelt. Sie greift Minderheiten, Andersdenkende und zivilgesellschaftliche Institutionen an, untergräbt gezielt das Vertrauen in die Demokratie und verbreitet offen völkischen Rassismus, Antisemitismus und Geschichtsrevisionismus. Immer wieder wird das gescheiterte 2. Verbotsverfahren gegen die NPD als Argument gegen eine Prüfung bei der AfD herangeführt, dabei zeigt doch die aktuelle Situation, dass die AfD ganz im Gegensatz zur NPD eben tatsächlich das Potenzial mitbringt, das zweiterer abgesprochen wurde. Auch das Argument, die noch fehlende Hochstufung der Gesamtpartei als „gesichert rechtsextrem“ durch den Verfassungsschutz würde noch fehlen, macht den Bock zum Gärtner. Die Prüfung überhaupt in Gang zu setzen, wäre jetzt der logische Schritt und die Nachweise der Demokratiefeindlichkeit sind zahlreich und umfassend.

Besonders in den ostdeutschen Bundesländern erleben wir täglich, wie die AfD nicht nur ein Klima der Angst schürt, sondern rechtsextremen und neonazistischen Strukturen Auftrieb verschafft. Ihre Hetze führt zu realer Gewalt, die vor allem diejenigen trifft, die sich mutig für den gesellschaftlichen Zusammenhalt einsetzen: Engagierte in der Zivilgesellschaft, Kommunalpolitiker*innen, Frauen, Geflüchtete und andere Minderheiten.

Liebe Genoss*innen, die Sozialdemokratie steht wie keine andere politische Kraft für den Schutz unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Es liegt in unserer Verantwortung, die Instrumente unseres Rechtsstaats zu nutzen, um einer Partei Einhalt zu gebieten, die systematisch die Grundwerte unserer Gesellschaft angreift. Ein Verbotsverfahren allein wird den Rechtsextremismus in unserem Land nicht beenden – aber es wäre ein starkes Signal, dass die Demokratie wehrhaft ist und ihre Feinde nicht tatenlos gewähren lässt. Auch würde es die extreme Rechte massiv in ihrer Finanzierung und Struktur schwächen. Die Prüfung durch ein Gericht ist nicht undemokratisch sondern im Grundgesetz festgeschrieben als legitimes Instrument gegen Feinde der Demokratie. Dass die AfD in dieser Hinsicht zumindest ein Prüffall ist, ist sicherlich unbestritten.

Wir bitten euch, entschlossen und ohne parteitaktische Abwägungen zu handeln: Unterstützt die Einleitung eines Prüfverfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht. Die Zeit, mutig für unsere Demokratie einzutreten, ist jetzt. Vielleicht ist das jetzt die letzte Chance!? Gemeinsam können wir zeigen, dass „Nie wieder“ nicht nur ein Versprechen, sondern ein Auftrag ist.

Mit solidarischen Grüßen

Der Fachausschuss XIII - Strategien gegen Rechts der SPD im Land Berlin